

US-Administration klagt vorbeugend gegen Michigan und Hawaii, um zu verhindern, dass diese Staaten fossile Brennstoffunternehmen wegen des Klimawandels verklagen

geschrieben von Andreas Demmig | 17. Mai 2025



Audrey Streb, Mitwirkender, 01. Mai 2025

Die Trump-Regierung hat am Mittwoch Klagen gegen Michigan und Hawaii eingereicht, um die Bundesstaaten daran zu hindern, vor Gericht Schadensersatzansprüche gegen fossile Brennstoffunternehmen wegen angeblicher Umweltschäden geltend zu machen.

In der Klage gegen Michigan – dort sind die demokratische Gouverneurin Gretchen Whitmer und die Generalstaatsanwältin Dana Nessel in Verantwortung. Es wird ausgeführt, dass Michigans geplante Klage gegen die fossile Brennstoffindustrie die US-Politik zur Regulierung von Treibhausgasen beeinträchtigt und einen „außergewöhnlichen extraterritorialen Eingriff“ darstellt. Ähnlich verhält es sich mit der Klage gegen Hawaii, dort sind der demokratischen Gouverneur Josh Green und die Generalstaatsanwältin Anne Lopez in Verantwortung. Auch dieser Bundesstaat plant, rechtliche Schritte gegen fossile Brennstoffunternehmen wegen ihrer angeblichen Auswirkungen auf den Klimawandel einzuleiten.

Zwar hat bislang noch keiner der beiden Staaten Klage eingereicht, doch die geplanten Klagen könnten die Energiepreise in die Höhe treiben und die Regulierung der Produktion fossiler Brennstoffe beeinträchtigen, heißt es in den Beschwerden, die die Regierungsanwälte beim US-Justizministerium (DOJ) eingereicht haben.

„Zu einer Zeit, in der die Bundesstaaten zu den nationalen Bemühungen um die Sicherung zuverlässiger Energiequellen beitragen sollten, stellt sich Michigan dem entgegen“ heißt es in der Klage. *„Die Verfassung und die Gesetze dieses Landes dulden diese Einmischung nicht“*, heißt es weiter. Die Klage gegen Hawaii wiederholt nahezu identische Formulierungen.

gov.uscourts.miwd.115297.1.0 von audreystreb auf Scribd

- Im Mai 2024 kündigte Nessel [Michigan] an, der Staat suche „Anwälte und Anwaltskanzleien, die als stellvertretende Generalstaatsanwälte

fungieren sollen, um im Namen des Staates Michigan Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Auswirkungen der fossilen Brennstoffindustrie auf den Klimawandel zu führen“. Nessel warf der Industrie außerdem vor, durch ihren Beitrag zum Klimawandel die Umwelt, die Wirtschaft und das Wohlergehen der Einwohner des Staates zu gefährden.

- *„Aufgrund staatlicher Beschränkungen und Belastungen der Energieproduktion zahlt die amerikanische Bevölkerung mehr für Energie und die Vereinigten Staaten sind weniger in der Lage, sich gegen feindliche ausländische Akteure zu verteidigen“, heißt es in beiden Klagen des Justizministeriums.*
- Hawaii folgte am 28. April dem Beispiel Michigans. Der Gouverneur des Staates kündigte an, er habe die gleiche Absicht, fossile Brennstoffunternehmen vor Gericht zu bringen.
 - *„Ich glaube, wir werden am Donnerstag Klage gegen die fossilen Brennstoffunternehmen einreichen“, sagte Green am Montag. „Sie müssen ihren Anteil zahlen, denn der Klimawandel und seine Auswirkungen auf das Klima hängen definitiv mit der über Generationen hinweg zusätzlich verbrannten fossilen Brennstoffe zusammen“, fuhr er fort.*
 - *„Zu den souveränen Interessen der Vereinigten Staaten gehört es, sicherzustellen, dass die Bundesstaaten nicht in Bundesgesetze wie den Clean Air Act eingreifen oder in die ausschließliche Autorität der Bundesregierung über den zwischenstaatlichen und ausländischen Handel, die Regulierung von Treibhausgasen und die nationale Energiepolitik eingreifen“, heißt es in den Klagen des Justizministeriums.*

Präsident Donald Trump rief an seinem ersten Tag nach seiner Rückkehr den nationalen Energienotstand aus, um die zuverlässige heimische Energieproduktion auszubauen. Am 8. April unterzeichnete er eine Durchführungsverordnung zur Wiederbelebung der Kohleindustrie und nahm entbunden darauf mehrere Kohlekraftwerke von den Vorschriften aus der Biden-Ära. Noch am selben Tag unterzeichnete Trump eine Verordnung zum Schutz der Energieproduzenten vor staatlichen Übergriffen.

Darin hieß es: *„Die amerikanische Energiedominanz ist gefährdet, wenn Bundesstaaten und Kommunen versuchen, die Energie über ihre verfassungsmäßigen oder gesetzlichen Befugnisse hinaus zu regulieren.“*

„Keine noch so große Obstruktionspolitik der Demokraten wird Präsident Trump davon abhalten, seine Versprechen gegenüber dem amerikanischen Volk einzuhalten, einschließlich seines Versprechens, die amerikanische Energie freizusetzen“, sagte Harrison Fields, ein Sprecher des Weißen Hauses, in einer Erklärung gegenüber dem DCNF, bevor die Regierung die Klagen einreichte. „Radikale, realitätsferne Demokraten sollten die Katastrophen beseitigen, die sie in ihren eigenen Bundesstaaten verursacht haben, bevor sie versuchen, ihre gescheiterte Politik im Rest Amerikas zu verbreiten.“

USDC Hawaii 1 25cv179. von audreystreb auf Scribd

Whitmer unterzeichnete 2023 den Clean Energy and Jobs Act, der Michigan verpflichtete, bis 2040 eine 100-prozentige Ökostromerzeugung zu erreichen. Das Gesetz ermächtigte die staatliche Regulierungsbehörde zudem, lokale Behörden bei der Standortgenehmigung für erneuerbare Energieinfrastruktur zu überstimmen

„Das Ziel von 100 % Ökostrom zu erreichen, kann die Whitmer-Regierung nur, indem sie den Kommunen die Kontrolle über Land entzieht“, sagte der republikanische Abgeordnete des Bundesstaates Michigan, Matt Hall, damals der Daily Caller News Foundation. „Diese Kommunen sind den Menschen am nächsten und versuchen, den Charakter ihrer Gemeinden zu schützen.“

In seiner Erklärung verwies Hall auf einen der umstrittensten Teile des Gesetzes, der es der staatlichen Regulierungsbehörde für Energieversorgung – angeführt von Beauftragten des Gouverneurs – erlaubt, lokale Behörden bei Wind- und Solarprojekten zu überstimmen, so MLive. Während Michigan derzeit rund 17.000 Acres (ca. 6.800 Hektar) für erneuerbare Energien nutzt, berichtete die Detroit News, dass der Staat möglicherweise bis zu 209.000 zusätzliche Acres (ca. 83.000 Hektar) benötigt, um seine Ziele für saubere Energie zu erreichen.

Hawaii hat ähnliche Maßnahmen ergriffen, um bis 2045 das Null-Emissionsziel von 100 Prozent sauberer Energie zu erreichen.

Die Büros von Green, Whitmer, Nessel und Lopez sowie das Weiße Haus reagierten nicht unmittelbar auf die Bitte des DCNF um Stellungnahme. Das Justizministerium verwies das DCNF auf seine Pressemitteilung, als es um eine Stellungnahme gebeten wurde.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen jedem seriösen Nachrichtenverlag mit großem Publikum kostenlos zur Verfügung. Alle veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des Reporters und seine DCNF-Zugehörigkeit enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer Partnerschaft mit uns wenden Sie sich bitte an licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/05/01/trump-admin-sues-hawaii-michigan-block-fossil-fuel-companies-climate-change/>